



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/XII/74 - 29. März 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24881-83

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Fairneß ganz klein geschrieben	S. 1
Gegen den Terror in Algerien	S. 2
Der BHE und die Oder-Neiße-Linie	S. 4
Wehrpropaganda mit Oberschülern	S. 6
Zur Freilassung Makarios'	S. 8

Fairneß ganz klein geschrieben

sp - Die "New York Herald Tribune", eine der grössten amerikanischen Tageszeitungen, hat über den Fall Agartz in einer Breite berichtet, die weit über das Ausmass hinausgeht, das die meisten westdeutschen Zeitungen dieser Affäre gewidmet haben. Soweit der Grund für diese ausgedehnte Berichterstattung im Zusammenhang mit dem augenblicklich die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit bewegenden Fall des Chefs der US-Transportarbeitergewerkschaft, Beck, steht, könnte man ein gewisses innenpolitisches Parallel-Interesse der "New York Herald Tribune" berücksichtigen, was ja auch schon aus der Schlagzeile "ex-aid of bonn unions arrested as red agent" ("Ex-Mitarbeiter der Bonner Gewerkschaften als Sowjetagent verhaftet"), ersichtlich ist.

Dieses Verständnis muss aber seine Grenzen da finden, wo die New Yorker Zeitung daran geht, die SPD in diese Affäre hineinzuziehen und insofern eine Verbindung zur Angelegenheit des SPD-Abgeordneten Wehner zu konstruieren, als von einem "zweiten ernsthaften Schlag dieser Art im gleichen Monat gegen die Chancen der Sozialdemokraten" die Rede ist, "den Kanzler Konrad Adenauer in den bevorstehenden westdeutschen Nationalwahlen im nächsten September zu ersetzen". Dazu wird in dem US-Blatt mitgeteilt, dass Herbert Wehner, "einer der engsten Mitarbeiter des SPD-Parteiführers Erich Ollenhauer", angeklagt worden sei, im zweiten Weltkrieg als Kommintern-Spionageagent in Schweden gearbeitet zu haben. Davon allerdings, dass diese "Anklage" gegen Wehner längst zusammengebrochen ist, davon ist in der "New York Herald Tribune" kein Wort zu finden.

Diese Art "Berichterstattung" des grossen New Yorker Blattes ist ein geradezu unglückseliger Fall einseitiger Meinungsbeeinflussung zugunsten des Bundeskanzlers Adenauer, wie er bisher, wenn auch noch lange nicht so rücksichtslos, vielleicht nur in einer oder der anderen Schweizer Zeitung, sicherlich aber noch nicht in einem amerikanischen Blatt zu finden gewesen ist. Die Plumpheit, in der diese Attacke gegen die SPD vorgetragen wird, lässt zugleich mit ihrer Promptheit durchaus Quelle und Tendenz vermuten. Dieser höchst unfreundliche und völlig überflüssige "Bericht" lässt aber leider schliesslich noch befürchten, dass man offenbar hier und da in den USA in höchst unamerikanischer Weise das Gefühl für Fairneß zu verlieren beginnt.

Aufstand des Gewissens

sp - Schon seit einiger Zeit revoltierten namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Frankreich gegen die Methoden der Folterung bei Vernehmungen algerischer Aufständischer. Ministerpräsident Guy Mollet hat in dieser Woche die strenge Untersuchung aller Anschuldigungen dieser Art angekündigt und in Aussicht gestellt, dass die Verantwortlichen für die Folterungen und menschenunwürdigen Repressalien bestraft werden sollten, falls sich die Vorwürfe als berechtigt erwiesen. Gleichzeitig sprach er aber auch von "Verleumdungen, die das Ansehen der französischen Armee und des französischen Volkes schädigen".

Fast zur gleichen Stunde, in der Mollet vor der französischen Nationalversammlung diese Erklärung abgab, hat Brigadegeneral de Bollardiére sein Truppenkommando in Algerien niedergelegt und um seine Verastzung nach Frankreich gebeten. De Bollardiére erklärte, er könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, tatenlos zusehen zu müssen, dass gefängene algerische Aufständische gefoltert und von ihren Folterknechten in den Tod gehetzt werden. De Bollardiére gehört zu den jüngsten Generälen der französischen Armee. Während des Indochina-Krieges befehligte er eine Elitetruppe der Fallschirmjäger. Er ist Grossoffizier der Ehrenlegion und Ritter des Ordens des Kreuzes der Befreiung.

Welche Auswirkungen dieser Schritt des französischen Generals haben wird, ist noch nicht zu überschauen. De Bollardiére steht nicht allein. Dem Präsidenten der Republik wurde kürzlich eine Denkschrift überreicht, in der mehr als 300 bekannte französische Persönlichkeiten aus sehr unterschiedlichen politischen Lagern ihre grösste Besorgnis über unmenschliche Methoden ausdrücken, die in Algerien angewandt werden. Diese Persönlichkeiten können nicht vor ein Militärgericht gestellt werden; wohl aber wurde auf Betreiben des Verteidigungsministers Bourguès-Maunoury der Chefredakteur der Wochenschrift 'L'Express' vor den Militär-Untersuchungsrichter zitiert, weil er durch seine Veröffentlichungen die Moral der Truppe untergraben und das Heer beleidigt habe. Die Artikelserie, um die es geht, wird unter dem Titel

"Als Leutnant in Algerien" veröffentlicht.

Dass der Chefredakteur des L'Express, Servan-Schreiber, seine Beobachtungen höchst persönlich machen konnte, verdankt er dem Verteidigungsminister. Dieser gehört zwar derselben Partei an, der Radikalen, wie der frühere Ministerpräsident Mendès-France, dessen Organ der L'Express ist, aber niemand kann behaupten, dass die beiden Parteifreunde sich inniglich lieben. Also erhielt im vorigen Jahre Servan-Schreiber, Oberleutnant der Reserve, den Befehl, sich zur Dienstleistung in Algerien zu melden. In seinen nach der Rückkehr veröffentlichten Berichten, spricht Servan-Schreiber nicht nur von arabischen Greuelthaten, sondern auch sehr genau über französische Furchtbarkeiten. Wenn er dergleichen beobachtete, so hätte er es melden müssen: unter diesem fadenscheinigen Vorwand wird Servan-Schreiber nun vor Gericht gestellt werden !

Nur ein einziges Mal wurde eine parlamentarische Gruppe nach Algerien delegiert, um Anschuldigungen nachzuprüfen. Nach ihrer Rückkehr berichtete sie, es sei ihr nicht gelungen, schlüssige Beweise für die Richtigkeit der Klagen zu erbringen. Was ihr Bericht verschweigt ist, dass ein Abgeordneter, von Beruf Arzt, sich weigerte, ihn zu unterschreiben, und dass es sich bei den angeblich angewandten Martormethoden um "Neuerungen" handelt, die keine Spuren hinterlassen.

Die Zeitschrift L'Express hat zahlreiche Briefe von Reservisten erhalten, die erklären, bezeugen zu können, dass alle Arten von Schändlichkeiten vollführt wurden. Die Briefe stammen von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren der Reserve. "Wie können diese Herren von der Regierung 42 Millionen Franzosen verheimlichen wollen, was 300 000 Eingesogene gesehen haben, und was sie erhofft hatten, in diesem Jahrhundert nicht mehr zu sehen ?", schreibt ein Ex-Gefreiter. Und ein Hauptmann d.R. gibt an, jederzeit bezeugen zu können, was in den Artikeln der Zeitschrift veröffentlicht wurde: "Falls Sie verhaftet werden", schreibt er dem Leutnant Servan-Schreiber, "werden andere Mitkämpfer ebenso wie ich sich erheben, um Sie zu befreien".

Auf der Strasse anders als im Landtag

zu, Kiel

Es wird immer deutlicher sichtbar: der rechte Flügel des BHE beabsichtigt, seinen Bundestagswahlkampf auf das Problem der Oder-Neisse-Linie abzustellen. Jede Äusserung eines Politikers, welche die Andeutung enthält, mit Polen müsse über die deutschen Ostgrenzen verhandelt werden, wird von diesem Flügel zur Zielscheibe äusserst aggressiver Angriffe genommen. Das geht dann sogar so weit, dass Strafanträge wegen Landes- und Hochverrats gefordert werden. Wenn die vorhandenen Rechtsvorschriften dafür nicht ausreichen, so verlangt man seitens dieser BHE-Richtung die Schaffung der entsprechenden Strafrechtsparagrafen.

Eine derartige Aggressivität belastet natürlich die Länder-Koalitionen zwischen dem BHE und der CDU dann sehr stark, wenn Äusserungen über die Ostgrenzen von CDU-Politikern gemacht werden, wie es kürzlich der Hamburger Bürgermeister Dr. Sieveking tat. Dann kann es geschehen, dass an den Plakatsäulen die üblen Aufrufe eines BHE-Landesvorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Asbach, kleben, deren Inhalt durchaus einer generalstaatsanwaltschaftlichen Prüfung würdig wäre, während sich im Landtag CDU und BHE in einer milden Erklärung zusammenfinden, die dann keine Kritik mehr an einer Sieveking-Rede zeigt. Das geschah während der letzten Landtagsitzung in Kiel.

Die SPD hat es bei diesem "wechselseitigen Kampf auf offener Strasse" zwischen BHE und CDU und deren "harmonischem Zusammenspiel im Landtag" nicht nötig, einen Zickzack-Kurs aus Zweckgründen mitzumachen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erklärte nämlich bereits 1945 als erste deutsche Partei, dass sie die Oder-Neisse-Linie nicht als Grenze anerkenne. Sie konnte das der Welt gegenüber mit um so grösserer Wirkung sagen, da sie die Politik Hitlers, die schliesslich zum Verlust der Ostgebiete und zur Schaffung der Oder-Neisse-Grenze führte, stets und konsequent und unter schwersten Opfern abgelehnt und bekämpft hat.

Diesen Standpunkt hat der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag, Küber, auch erläutern, als sich Ministerpräsident von Hassel (CDU) und dessen Vertreter Asbach (BHE) zu einer allgemein verschwommenen Erklärung zusammenfanden, in der nicht einmal mehr der Name

Sieveking erwähnt wird. Bei ihrem Standpunkt im Kieler Landtag ging die SPD von dem für die gesamte Sozialdemokratische Partei verbindlichen Aktionsprogramm aus, in dem es heißt:

"Die Regelung der Gebiets- und Grenzfragen Deutschlands bleibt einem Friedensvertrag vorbehalten. Keine Regierung von Teilen Deutschlands darf durch Aemachungen mit Besatzungsmächten Entscheidungen über diese Fragen vorweg nehmen. Die Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt sie weder im Osten noch im Westen an."

Vor diesem klaren Hintergrund konnte die SPD im Kieler Landtag dann auch das Vorgehen des BHE verurteilen, der die Rede von Dr. Sieveking zum Gegenstand einer rein parteipolitischen Plakataktion im Lande gemacht hatte. So erklärte Nöber dann auch: "Die in dem Aufruf enthaltenen nationalistischen Beschuldigungen sind nicht geeignet, das dringend notwendige Verständnis zwischen den östlichen Völkern und uns zu fördern und das unbezweifelbare Recht der Vertriebenen auf ihre angestammte Heimat der Verwirklichung näherzubringen."

* * *

Arndt soll an die Spitze der Landesliste

Der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar von Knoeringen, wird auf der Landesausschuss-Sitzung seiner Partei am 4./5.5. in Nürnberg den Antrag stellen, dass der Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt als Spitzenkandidat auf die bayerische Landesliste gesetzt wird. Dr. Arndt, der bisher in Hessen kandidierte, hat sich bereitgefunden, eine evtl. Wahl zum Listenführer zu akzeptieren. Die Aufstellung Arndts würde nach Knoeringens Ansicht ein besonderer Ausdruck der kulturpolitischen Bestrebungen der SPD in Bayern sein. Die Sozialdemokratische Partei in Bayern kann keinen besseren Kandidaten an die Spitze ihrer Liste stellen, keinen besseren Mann, der die Anhänger der Freiheit und des Fortschritts in unserem Lande aufrufen kann und der ein Sprecher sein wird für die höchsten Güter der Demokratie. Knoeringen erklärte, er sei überzeugt, dass der Landesausschuss seinem Antrag stattgeben werde und dass Arndt zu einem würdigen Vertreter der kulturpolitischen Initiative der SPD in Bayern werden wird. (spk)

* * *

Steuergelder für CDU-Schulung?

W.P. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat im "Bulletin" kürzlich gleich auf der ersten Seite eine Würdigung der bisherigen Tätigkeit eines "Politischen Arbeitskreises Oberschulen" gegeben. Wohl in dem Glauben an die Unkenntnis der Öffentlichkeit über den tatsächlichen Hintergrund dieses "Arbeitskreises" wird darin festgestellt, dass der Politische Arbeitskreis zahlreiche "wehrpolitische Seminare" durchführte, an denen Oberschüler und Abiturienten aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Hervorgehoben wird, dass die Schulleitungen bzw. die Lehrerschaft in vielen Fällen bei der Auswahl der Teilnehmer mitgewirkt und dass die Eltern oder die Lehrer nur in wenigen Fällen eine Teilnahme von Schülern an den wehrpolitischen Seminaren verhindert hätten.

Diese lakonische Feststellung vermag den Eindruck triumphierender Selbstzufriedenheit darüber nicht zu verdecken, dass die deutschen Oberschulen offenbar über den wahren parteipolitischen Hintergrund des "Politischen Arbeitskreises Oberschulen" jahrelang erfolgreich getäuscht werden konnten. Denn zumindest die nicht CDU-gebundene Lehrerschaft musste durch das Auftreten des Arbeitskreises zwangsläufig zu der Überzeugung gelangen, es handele sich bei diesem um ein zwar staatlich gefördertes aber parteipolitisch neutrales Unternehmen zur staatsbürgerlichen Bildung und Belehrung der Schüler über wehrpolitische Fragen. Schon dies würde selbstverständlich die Gefahr einer einseitigen Unterrichtung und Beeinflussung in sich schliessen. Wer konnte aber wissen, dass dieser Politische Arbeitskreis tatsächlich seit seiner Gründung eine Tarnorganisation der CDU ist, mit der auf dem Wege der Tarnung und gleichzeitigen Finanzierung mit Steuergeldern die heranwachsenden Oberschüler in CDU-Sinne beeinflusst werden?

"Wehrpolitische Seminare" finden bereits seit 1955 statt. Im März 1955 wurden erstmals 100 Abiturienten und Primaner in Bonn eine Woche lang wehrpolitisch geschult. Schon diesen ersten Kursus veranstaltete aber nicht etwa die "Bundeszentrale für Heimatdienst" oder eine andere öffentliche Institution, sondern der "Christlich-Demokratische Hochschulring", gemeinsam mit der unstrittigen "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", deren Finanzierung aus dem Geheimfonds des Bundes-

kanzlers und anderen öffentlichen Mittel immer wieder behauptet wird, ohne dementiert zu werden.

Die Gründung des "Politischen Arbeitskreises Oberschulen" - mit dem Sitz in der Bundesleitung der CDU/CSU in der Bonner Kassestrasse - war das praktische Ergebnis der Tagung. Die Tatsache, dass die CDU-Bundestagsabgeordnete Majonika und Sabass sowie der Präsident der bereits erwähnten "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", ein ehemaliger CDU-Abgeordneter, in das Kuratorium des Arbeitskreises eintraten, wurde selbstverständlich im "Bulletin" auch nur beiläufig erwähnt, noch war dies im allgemeinen den Lehrern und Schülern bekannt. Jetzt auf einmal tritt der CDU-Arbeitskreis im offiziellen "Bulletin" der Bundesregierung hervor - während die regierungsoptionellen Parteien darin nicht zu Wort kommen - und stellt Behauptungen auf über eine angeblich vorhandene "positive Einstellung der Jugend zur Wehrfrage" und ihre Übereinstimmung mit den aufrüstungsfreudigen Zielen der CDU.

Die Lehrerschaft an den deutschen Oberschulen ist nicht die einzige Gruppe, die seit Jahren über die parteipolitischen Hintergründe getäuscht oder im unklaren gelassen wurde. Gerade die Verschleierung des politischen und organisatorischen Hintergrundes ist das Kennzeichen weiterer zahlreich existierender getarnter Hilfsorganisationen der CDU. Nachdem ihre Zahl ebenso zunimmt wie ihre Aggressivität gegenüber den politischen Gegnern der Regierung Adenauer wächst, sollte die Öffentlichkeit im Interesse der Durchsichtigkeit des politischen Lebens endlich die Beseitigung der Kulisie fordern, die von CDU-Propagandisten vom Schlage eines Dr. Lenz vor dem deutschen Wähler aufgebaut worden sind.

Auf jeden Fall aber sollte bei den verantwortlichen Männern unserer Bildungsanstalten aufgrund der bisherigen Erfahrungen grössere Skepsis vor hochtrabenden Vereinsnamen bestehen. Man sollte sich genauer als bisher informieren, welche parteipolitischen Absichten sich in Wirklichkeit hinter so neutral klingenden Namen wie "Politischer Arbeitskreis Oberschulen" tatsächlich verbergen.

Das Ende der Verbannung

sp- Im Verkehr mit Männern, die durch ihr Streben und ihre politische Haltung in Gegensatz zu Grossbritannien geraten sind, haben die Engländer eine eigenartige Tradition: sie werfen sie zunächst in Gefängnisse oder verweisen sie ihres Heimatlandes, um dann früher oder später mit ihnen als Freigelassene zu verhandeln. So geschah es mit Ghandi, dem Vater Indiens, seinem Schüler Nehru, dem derzeitigen Ministerpräsidenten von Ghana, dem neugeschaffenen Negerstaates an der Goldküste Afrikas und mit vielen anderen hervorragenden Männern, die ihrem Volk und den Beziehungen zu Grossbritannien die Stempel ihres Wirkens aufdrückten. Sie alle atmeten die Luft britischer Gefängnisse oder mussten lange Zeit ihres Lebens fernab der Heimat in Verbannung verbringen.

Insofern hebt sich das Schicksal Makarios', des Bischofs von Zypern und Idol der zyprischen Unabhängigkeitsbewegung, von dem Lebensweg berühmter Vorgänger nicht ab. Seine Verbannung auf den fernen Seychellen-Inseln im Indischen Ozean währte fast auf den Tag genau ein Jahr. Nun kann er sich wieder frei bewegen und reisen wohin er will, allerdings mit der törichtesten Einschränkung, sein Heimatland, Zypern nicht mehr zu betreten. Diese Beschränkung für den zyprischen Patrioten Makarios ist ebenso unheilbar wie es die Verbannung war. Die Zyprioten und die griechische Regierung werden schon dafür sorgen, dass auch die letzten Fesseln der Handlungs- und Reisefreiheit Makarios' fallen, denn es ist nicht denkbar, dass der Konflikt Grossbritanniens mit der Bevölkerung Zyperns anders gelöst werden kann, als durch eine völlige Rehabilitation und Rückkehr des militanten Erzbischofs in seine Heimat.

Dieser Zeitpunkt wird umso näher sein, je ernster es den Briten um die Befriedung Zyperns ist. Ihre Zypernpolitik wies in der Vergangenheit alle Merkmale der Unsicherheit und folgenschwerer Missgriffe auf. Sie brachten die Insel zum Aufruhr und kostete manchem britischen Soldaten das Leben. Auch das fällt auf das Schuldkonto Edens, das der Nachfolger, MacMillan, nun auszugleichen sucht. Die Zukunft Zyperns lässt sich nicht über den Kopf Makarios' gestalten - dieser Einsicht musste sich der Nachfolger Edens, MacMillan, beugen. Die zyprische Bevölkerung ist ein gut Teil des Weges zu ihrer Unabhängigkeit vorangekommen, der Konflikt mit Grossbritannien beginnt durch die Aufhebung der Verbannung Makarios' seine Schärfe zu verlieren, was nicht ohne Folgen für die Beziehungen zwischen Athen und London sein wird, die, obwohl in der NATO vereint, durch den Streit um Zypern zu kaum verhehlter Feindseligkeit ausgeartet waren.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel